

REGARDS

KRIEG UND LEBENSMITTELPRODUKTION

Die andere Agrarwende

Joël Adami

Die russische Invasion der Ukraine sorgt für Lebensmittelknappheit und entfacht so die Konflikte um die Zukunft der Landwirtschaft neu. Dabei könnte alles ganz anders aussehen.

Die Ukraine ist eine der größten Weizen-Exportnationen der Welt. In Ländern, die davon abhängig sind, drohen Hungersnöte, zumindest aber hohe Preise. Eritrea, Somalia, Libanon und Libyen sind nicht nur in hohem Maße von Weizenimporten abhängig, sondern beziehen einen Großteil davon aus der Ukraine. In Europa, wo sicherlich keine Knappheit, wohl aber saftige Preiserhöhungen drohen, werden alte Konflikte umso sichtbarer. Es scheint, als würde die Biodiversität geopfert, um vermeintliche Solidarität zu zeigen – dabei warnt die EU selbst vor Schnellschüssen bei der „Lebensmitteldiplomatie“.

Seit Beginn der russischen Invasion sind die Weizenpreise auf den globalen Märkten regelrecht explodiert. Neben Getreide und Sonnenblumenöl exportieren die Ukraine und Russland aber auch viel Dünger, sodass nicht nur die Preise für Verbraucher*innen, sondern auch für Produzent*innen steigen. Dürreperioden in den USA tragen zusätzlich dazu bei, dass die Versorgungslage schlecht aussieht. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass die EU ebenfalls eine wichtige Anbauregion ist: 2019 produzierte sie etwa 10 Prozent der globalen Getreidemenge, der Anteil der Ukraine lag bei 2,5 Prozent. China hat zwar große Weizenreserven angelegt, gibt jedoch an, diese für die eigene Versorgungssicherheit zu benötigen. Eine Entspannung auf dem Markt ist also nicht in Aussicht – doch andere Hilfe kündigt sich an.

Die EU kündigte an, dieses Jahr 240 Millionen Euro für die Lebensmittelsicherheit für Länder in der Sahel-Zone und der Tschadsee-Region ausgeben zu wollen. Gleichzeitig warnte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell,

in einem Blogbeitrag vor unüberlegten Reaktionen: „In der Tat wächst auch die Sorge der Entwicklungsländer, dass eine ‚schnell gekochte‘ westliche Antwort in Form von Lebensmittelexporten die lokale Produktion schädigen könnte, und diese Befürchtung ist nicht immer unberechtigt. Um dies zu vermeiden, müssen wir unsere Partner aktiver dabei unterstützen, sich selbst zu versorgen.“

Luxemburger Weizen, russischer Dünger?

Am 22. März gab das luxemburgische Landwirtschaftsministerium bekannt, einige Sofortmaßnahmen zur Unterstützung des Sektors zu ergreifen. Dazu gehörten Direktzahlungen für die Schweineproduktion, die bereits vor dem Krieg in der Ukraine mit niedrigen Fleischpreisen und steigenden Produktionskosten zu kämpfen hatte. Neben möglichen Hilfen der EU stellte der Landwirtschaftsminister Claude Haagen (LSAP) auch Staatshilfen für die Landwirtschaft allgemein in Aussicht. Außerdem beschloss er, dass Brachflächen temporär zum Anbau genutzt werden können.

Um die kurzfristige Nahrungsmittelversorgung in Luxemburg ging es dabei allerdings nicht. Hierzulande wird kaum Getreide aus osteuropäischen Ländern importiert. Das geht aus der Antwort von Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) auf eine parlamentarische Anfrage von André Bauler (DP) hervor. Etwa 161.000 Tonnen Getreide wurden 2021 importiert, das meiste davon aus den Nachbarländern Frankreich, Deutschland und Belgien. Mit den Getreiden Weizen, Gerste, Triticale, Roggen und Hafer könne Luxemburg sich selbst versorgen, so Fayot weiter. Beim Dünger sieht es weniger rosig aus, denn Luxemburg verbraucht im europäischen Vergleich sehr viel Stickstoffdünger, über 100 Kilo pro Hektar. Mineralischer Dünger muss importiert werden, trotz steigender Preise. In Europa befinden sich die größten Düngemittel-

So könnte die europäische Ernährung aussehen

Weniger Fleisch, Fisch und Milchprodukte, mehr Gemüse und Obst: Durch Umstellung könnten sich die Europäer*innen gesünder ernähren und die Landwirtschaft ökologischer machen.

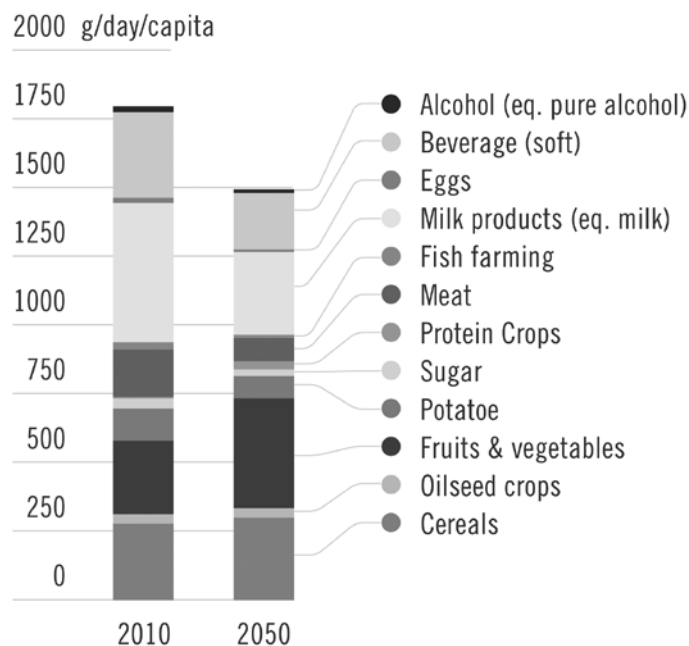




FOTO: PIXABAY/ROBIN

Mit Getreide kann Luxemburg sich ganz gut selbst versorgen. Beim Mineraldünger sieht es jedoch anders aus – angesichts des Kriegs in der Ukraine könnte daher ein Umdenken nötig werden.

telhersteller in Russland und Belarus. Teilweise gab es aber bereits vor der Invasion Russlands Sanktionen gegen diese Firmen.

Brachflächen-Reaktivierung illusorisch

Sollte die EU mehr Getreide produzieren, indem sie brachliegende Flächen nutzt? Eine Maßnahme, die auch von Luxemburg umgesetzt wird: Landwirtschaftliche Flächen, die eigentlich aus ökologischen Gründen stillgelegt sind, sollen wieder in die Produktion. Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik sollte der nationale Mindestprozentsatz dieser Flächen eigentlich auf vier Prozent festgelegt werden. Seit Beginn der russischen Invasion gibt es allerdings Diskussionen darüber, dies auszusetzen.

Insgesamt würde das wohl nicht viel helfen, wie Berechnungen der deutschen, grünennahen Heinrich Böll-Stiftung andeuten. Maximal zehn Prozent eines Ernteausfalls in der Ukraine könnten so ausgeglichen werden, heißt es im Bericht der Stiftung. Auch Franz Sinabell vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hält es für „illusorisch“, dass sich durch die

Produktion, die die EU auf diesen Flächen hochfahren könnte, das Angebot rasch ausweitet. Das sagte der Ökonom im Rahmen eines Webinars der Wiener Universität für Bodenkultur zum Thema.

In Luxemburg werden rund 260 Hektar brachliegende Flächen temporär zum Anbau freigegeben. „Luxemburg ist solidarisch unter Europäern und wir haben uns der Empfehlung der Kommission angeschlossen, diese Flächen aufzumachen“, so Landwirtschaftsminister Haagen gegenüber der woxx. Man habe den Betrieben empfohlen, Leguminosen und Sommergetreide anzubauen. „Die meisten Flächen mit ökologischem Nutzen in Luxemburg sind aber Zwischenfrüchte, und da gilt diese Ausnahmeregelung überhaupt nicht“, so der Minister weiter. Der Krieg in der Ukraine stelle uns vor neue Herausforderungen bei der Lebensmittelversorgung, es müsse gehandelt werden.

Auch Umweltschutzorganisationen fordern zum Handeln auf, meinen damit allerdings etwas anderes. So forderte etwa die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Zahl der Tiere in Massentierhaltung um ein Drittel zu reduzieren. Zu viele Lebensmittel würden für die Fleischproduktion

an Tiere verfüttert, statt gleich von Menschen konsumiert zu werden. Die DUH verweist dabei auf eine Studie von 2018, in der eine alternative Landwirtschaft für Europa skizziert wurde. Der französische Thinktank Institut du développement durable et des relations internationales hatte ausgerechnet, dass eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft machbar sei, wenn gleichzeitig der Konsum tierischer Produkte reduziert würde. Die Produktion würde zwar um 35 Prozent sinken, dennoch stünde durch eine Ernährungsumstellung genügend Nahrung für Europa – und sogar für den Export – zur Verfügung. Außerdem würden in dem Szenario, das stark auf Extensivierung, also weniger Tiere zur Beweidung, setzt, die Treibhausgasemissionen um 45 Prozent sinken.

Agrarwende noch nicht abgesagt

„Es gibt mehr als genug Nahrungsmittel, um die Welt zu ernähren, auch jetzt bei diesem Krieg. Allerdings wird das Getreide an Tiere verfüttert, als Biokraftstoff verwendet oder einfach verschwendet, anstatt hungrige Menschen zu ernähren“, so Sabine Gabrysch, Forscherin am Potsdam-

Institut für Klimafolgenforschung (Pik) und an der Charité Berlin, in einer Pressemitteilung des Pik. Sie ist Mitunterzeichnerin einer Erklärung, die Maßnahmen vorschlägt, um sowohl die Lebensmittel- als auch die Biodiversitätskrise zu bekämpfen: Weniger tierische Produkte in der Ernährung, erhöhte Produktion von Hülsenfrüchten, Ökologisierung der Agrarpolitik und Verringerung der Lebensmittelverschwendung. Der Erklärung haben sich bisher über 600 Forscher*innen angeschlossen. Lösungsmöglichkeiten, die die Abhängigkeit von russischem Stickstoffdünger nicht weiter erhöhen und nicht Nahrungsmittelproduktion gegen Biodiversität auspielen, existieren also – sie kommen nur in der politischen Diskussion nicht vor.

So wirkt die Diskussion über die Landwirtschaft angesichts des Kriegs in der Ukraine ganz ähnlich wie die über erneuerbare Energien: Nach dem Motto „Hätte, hätte, Fahrradkette“ wird bedauert, nicht frühzeitig gehandelt zu haben, um dann gleich die alten Fehler zu wiederholen.